



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. Februar 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Sitzungswoche bestimmen vor allem drei Themen: Hartz IV, zu Guttenberg und die Situation in Libyen. Zu den Ergebnissen der Hartz IV-Verhandlungen lesen Sie mehr auf der nächsten Seite.

In eigener Sache

Neue Ansprechpartnerin im Berliner Büro

In meinem Berliner Büro gibt es eine personelle Veränderung - aus einem wunderbaren Grund: Meine Mitarbeiterin **Steffi Lemke ist ab kommender Woche im Mutterschutz** und wird voraussichtlich bis August in Elternzeit gehen.

In dieser Zeit wird **Lisa Bruhn sie vertreten**, eine junge Frau aus Hameln, die den Bundestag und das Büro schon bei ihrem Praktikum im vergangenen Jahr kennengelernt hat. **Lisa Bruhn ist zu erreichen unter 030 - 227 74099 oder per E-Mail brigitte.zypries@bundestag.de.**

Die Täuschungsvorwürfe gegenüber dem Verteidigungsminister beschäftigen den Bundestag heute vor allem deshalb, weil Herr zu Guttenberg in seiner Doktorarbeit mehrere Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages verwendet hat. Diese Gutachten können von Abgeordneten in Auftrag gegeben werden, wenn sie für die Ausübung des Mandats notwendig sind - für „private“ Arbeiten wie eine Doktorarbeit dürfen die Mitarbeiter des Bundestages natürlich nicht beschäftigt werden! Die Debatte um unrechtmäßig erworbene Dokortitel trifft auch das Ansehen der deutschen Wissenschaft ins Mark - und es ist schon bezeichnend, dass die zuständige Bundesministerin dazu beharrlich schweigt. Viele gerade junge Akademiker fühlen sich vor den Kopf gestoßen angesichts des „lässigen“ Umgangs mit den Anforderungen an wissenschaftliches Arbeiten.

Die Situation in Libyen macht uns immer mehr Sorgen. Die Eskalation der Gewalt und die Übergriffe auf Demonstranten sind bedrückend und es ist gut, dass der UN-Sicherheitsrat in einer Resolution das Regime von Gaddafi deutlich zu einem Ende der Gewalt auffordert. Der Bundestag thematisiert die Entwicklungen in einer Aktuellen Stunde morgen Nachmittag.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries



Veranstaltungs-Tipp

Runder Tisch zu Pflege und Gesundheit

Am kommenden Mittwoch (2.) findet ein Praxistag „Gesundheit und Pflege“ statt: Gemeinsam mit der Roßdörper Bürgermeisterin Christel Sprößler übernehme ich in der AWO-Seniorenwohnanlage Roßdorf eine Arbeitsschicht. Anschließend möchte ich mit Ihnen bei einem runden Tisch über unsere und Ihre Erfahrungen mit dem Gesundheits- und Pflegesystem diskutieren.

Der runde Tisch findet statt **am 2. März um 20.00 Uhr in der AWO-Seniorenwohnanlage Roßdorf, Holzgasse 9**. Ich würde mich freuen, wenn Sie mit uns über die Zukunft unseres Gesundheitssystem diskutieren!

Kompromiss in den Hartz IV-Verhandlungen: SPD hat gut verhandelt!

Es ist wie so oft bei Kompromissen: An der ein oder anderen Stelle hätte man sich mehr gewünscht und manche Kröten mussten geschluckt werden. **Doch am Ende ist man froh, dass es endlich ein Ergebnis gibt - und man muss diesmal auch sagen, dass die SPD tatsächlich Verbesserungen erreicht hat.**

Es ist uns gelungen, neben der Erhöhung um 5 Euro rückwirkend ab Januar 2011 und um weitere 3 Euro ab 2012 einige weitere Verbesserungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Ehrenamtliche, bedürftige Kinder und für die Kommunen zu erreichen. Unser Ziel, einen flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn durchzusetzen, haben wir nicht erreichen können - das ist an der FDP gescheitert. **Einen Mindestlohn wird es aber geben für die 1,2 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche. Das ist ein guter weiterer Schritt zum flächendeckenden Mindestlohn!**

Wichtigstes Ergebnis aus meiner Sicht sind die Verbesserungen für Kinder durch das Bildungspaket: 500.000 Kinder von Geringverdienern erhalten einen Anspruch auf Leistungen für Kita- und Schulausflüge, Lernförderung und ein Teilhabebudget für Sport, Musik und Kultur. **Wir haben gegen den Widerstand der Koalition durchgesetzt, dass das Bildungspaket neben den Kindern in der Grundversicherung auch für Kinder von Kinderzuschlagsempfängern und für die Kinder von Wohngeldempfängern gilt.** „Wie komme ich an diese Leistungen für meine Kinder?“, werden sich viele Betroffene nun sicherlich fragen. **Die Leistungen können Sie ab sofort bei Ihrem JobCenter beantragen.** Hier erhalten Sie auch weitere Information über das Maßnahmenpaket und auch weiterführende Fragen werden dort beantwortet. Welches JobCenter für Sie zuständig ist, können Sie bei Ihrem Landratsamt oder Ihrer Stadtverwaltung erfahren.

Ein weiterer Erfolg ist, **dass die Kommunen das Geld für 3.000 Schulsozialarbeiter vom Bund bekommen, die sich direkt und unkompliziert um Kinder und Jugendliche kümmern können.** Es ist gut, dass die Koalition zugestimmt hat, den Kommunen das Geld für das Teilhabe- und Bildungspaket unbürokratisch zur Verfügung zu stellen, damit es schnell und zielgerichtet dort ankommt, wo es gebraucht wird!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/moonligh](#) (S. 2)
[aboutpixel/Evgeni Tcherkasski](#) (S. 3)

Reform der Bundeswehr und Freiwilligendienst: Es fehlen die Leute!

Die Debatte über die Plagiatsvorwürfe gegen den Verteidigungsminister überdecken zurzeit mehrere andere Problempunkte im Verteidigungsbereich, u.a. auch dieses: Ende 2010 hat die Koalition beschlossen, die Wehrpflicht auszusetzen, um langfristig die Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee umzustrukturieren. Seit Januar werden nun keine Soldaten mehr einberufen, ab März 2011 soll die Bundeswehr nur noch aus Freiwilligen bestehen.

Die Bundeswehr steht damit vor der größten Reform seit ihrer Gründung: Die Umstellung von einer Wehrpflichtarmee zu einer Freiwilligenarmee erledigt man nicht nebenbei. Denn die Meldungen sagen, dass die angestrebten Freiwilligenzahlen nicht erreicht werden. Hier ist ein Minister gefordert, der sich ins Zeug legt, denn es gibt dringenden Handlungsbedarf, um die Reform nicht scheitern zu lassen, bevor sie richtig begonnen hat. Es zeigt sich jetzt bereits, dass diese Reform mit sehr heißer Nadel gestrickt wurde: Ohne sich zu überlegen, woher in Zukunft die jungen Soldatinnen und Soldaten für eine Freiwilligenarmee kommen, wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Anreize für junge Menschen fehlen, um sich für die Bundeswehr zu entscheiden. Wie sonst ist es zu erklären, dass das Verteidigungsministerium nun auch vorschlägt, in Deutschland lebende Ausländer (auch ohne deutschen Pass) in der Bundeswehr zuzulassen. Auf welche Gruppe dieser Vorschlag abzielt, ist unklar. Fest steht: Zu einer Söldnerarmee wie die der französische Fremdenlegion darf die Bundeswehr aber nicht verkommen!

Parallel zur Aussetzung der Wehrpflicht soll ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt werden. Die Koalition rechnet mit 35.000 Freiwilligen, die sich für den Bundesfreiwilligendienst im sozialen Bereich melden. Für mich stellt sich die Frage, warum Familienministerin Schröder das Rad neu erfinden will: Mit den bewährten Formaten Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) haben wir bereits gut funktionierende und etablierte Angebote für junge Menschen. Warum sollte man nun ein Konkurrenzangebot schaffen, das außerdem noch unnötige Kosten durch Doppelstrukturen mit sich bringt? Selbst die Fachpolitiker der Koalition kritisieren diese teuren und ineffizienten Doppelstrukturen. Die Regierung wäre besser beraten, die bestehenden Angebote auszubauen und vernünftig finanziell auszustatten - dann bräuchten wir keinen Bundesfreiwilligendienst.